

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1956

Ausgegeben am 9. April 1956

22. Stück

- 73.** Verordnung: Befähigungsnachweis für das konzessionierte Gewerbe der Gas- und Wasserleitungsinstallation.
74. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Tschechoslowakischen Republik betreffend die Regelung der Donauschifffahrt.
75. Erklärung betreffend die Weiteranwendung der dem GATT-Abkommen angeschlossenen Listen.

73. Verordnung des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau vom 27. Jänner 1956 über den Befähigungsnachweis für das konzessionierte Gewerbe der Gas- und Wasserleitungsinstallation.

Auf Grund des § 23 Abs. 1 der Gewerbeordnung wird verordnet:

Artikel I.

Die Verordnung des Bundesministers für Handel und Verkehr vom 7. April 1931, BGBl. Nr. 111, über den Befähigungsnachweis für das konzessionierte Gewerbe der Ausführung von Gasrohrleitungen, Beleuchtungseinrichtungen und Wassereinleitungen, in der Fassung des § 2 der Verordnung des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau vom 2. Mai 1950, BGBl. Nr. 106, über die Erhöhung der Taxen für gewerbliche Prüfungen, wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Bewerber um die Konzession für das Gewerbe der Gas- und Wasserleitungsinstallation haben nachzuweisen:

- a) die ordnungsmäßige Beendigung des Lehrverhältnisses im angestrebten Gewerbe selbst oder im Mechaniker-, Schlosser-, Spengler- oder Kupferschmiedgewerbe;
- b) eine vierjährige praktische Verwendung je nach Art der angestrebten Konzession (§ 4 Abs. 1) bei einem Gewerbetreibenden, der die Berechtigung für das Gewerbe der Gas- oder der Wasserleitungsinstallation besitzt.“

2. § 2 Abs. 2 hat zu lauten:

„(2) Bewerber, die nicht eine schulmäßige Ausbildung an einer Höheren Abteilung mechanisch-technischer oder verwandter oder elektrotechnischer Richtung an einer öffentlichen oder einer mit dem Öffentlichkeitsrecht ausgestatteten privaten technischen und gewerblichen Lehranstalt (Gewerbeschule) oder an einer Hochschule im Mindestmaß des § 3 Abs. 2 nachweisen, haben

außerdem das Zeugnis über eine mit Erfolg abgelegte Prüfung (§§ 4 bis 9) beizubringen.“

3. § 3 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Für Bewerber, die eine erfolgreiche schulmäßige Ausbildung in einer der nachstehenden Arten durch Zeugnisse nachweisen, entfällt der Nachweis der ordnungsmäßigen Beendigung des Lehrverhältnisses und es verringert sich die Dauer der nachzuweisenden praktischen Verwendung auf zwei Jahre:

- a) Erfolgreiche Absolvierung einer öffentlichen oder einer mit dem Öffentlichkeitsrecht ausgestatteten privaten gewerblichen Fachschule mechanisch-technischer oder verwandter oder elektrotechnischer Richtung;
- b) erfolgreiche Absolvierung einer öffentlichen oder einer mit dem Öffentlichkeitsrecht ausgestatteten privaten Werkmeisterschule mechanisch-technischer oder verwandter oder elektrotechnischer Richtung;
- c) Reifeprüfung oder mit Erfolg beendeter letzter Jahrgang einer Höheren Abteilung mechanisch-technischer oder verwandter oder elektrotechnischer Richtung an einer öffentlichen oder einer mit dem Öffentlichkeitsrecht ausgestatteten privaten technischen und gewerblichen Lehranstalt (Gewerbeschule);
- d) Einzelprüfungen aus allen Gegenständen der ersten Staatsprüfung an der Fakultät für Maschinenwesen, und zwar an einer der Abteilungen für Maschinenbau oder für Elektrotechnik an den Technischen Hochschulen Wien oder Graz, oder an der Abteilung für Schiff- und Schiffsmaschinenbau der Technischen Hochschule Wien oder der Abteilung für Papier- und Zellstofftechnik der Technischen Hochschule Graz, mit mindestens genügendem Erfolg nebst der erfolgreichen Ablegung der Einzelprüfungen aus Maschinenlehre, Maschinenbau und Mechanischer Technologie (mit Ausnahme der Technologie der Faserstoffe);

- e) Ablegung der Einzelprüfungen aus allen Gegenständen der ersten Staatsprüfung mit mindestens genügendem Erfolg an der Montanistischen Hochschule in Leoben nebst der erfolgreichen Ablegung einer Einzelprüfung aus der Bergmaschinen- oder Hüttenmaschinen-Baukunde;
- f) bestandene zweite Staatsprüfung
1. an der Fakultät für Bauingenieurwesen einer inländischen Technischen Hochschule (mit Ausnahme der Unterabteilungen für Vermessungswesen und Wirtschaftsingenieurwesen der Technischen Hochschule Graz),
 2. an der Fakultät für Chemie der Technischen Hochschule Wien, und zwar einer der Abteilungen für Technische Chemie oder Feuerungs- und Gastechik oder an der Fakultät für Naturwissenschaften der Technischen Hochschule Graz, und zwar an der Abteilung Technische Chemie,
 3. an der Fakultät für angewandte Mathematik und Physik der Technischen Hochschule Wien, und zwar der Abteilung Technische Physik oder an der Fakultät für Naturwissenschaften der Technischen Hochschule Graz, und zwar an der Abteilung Technische Physik;
- g) bestandene dritte Staatsprüfung aus Kulturtechnik an der Hochschule für Bodenkultur in Wien.“
4. § 3 Abs. 3 erhält folgende Fassung:
- „(3) Inwieweit andere öffentliche oder ausländische Lehranstalten oder Lehrgänge den in den Abs. 1 und 2 angeführten gleichzuhalten sind, wird vom Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau fallweise, und zwar, soweit die Gleichhaltung mit Lehranstalten in Frage kommt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Unterricht bestimmt.“
5. § 4 erhält folgende Fassung:
- „§ 4. (1) Die Prüfung kann entweder für die Gasinstallation allein oder für die Wasserleitungsinstallation allein oder auch für beide Tätigkeiten zusammen abgelegt werden, sie umfaßt einen praktischen und einen theoretischen Teil.
- (2) Im praktischen Teil der Prüfung ist die Befähigung zur selbständigen einwandfreien Ausführung oder Überprüfung von Arbeiten des betreffenden Gewerbes einschließlich der Schweißarbeiten nachzuweisen; insbesondere auch die Überprüfung ausgeführter Kalt- und Warmwasseranlagen mittels einer Druckpumpe, die Überprüfung ausgeführter Gasleitungen, die Überprüfung von Anlagen vor ihrer Inbetriebsetzung, die Kontrolle der Einstellung und Funktion der Sicherheitseinrichtungen von Geräten, die Beurteilung der Betriebstauglichkeit alter Anlagen, die Feststellung des Verlaufes von Gas- und Wasserleitungen in bestehenden Anlagen, für die kein Installationsplan vorliegt, die Wahl der zweckmäßigsten Leitungsführung bei Erweiterung bestehender und Errichtung neuer Anlagen unter Beobachtung der sicherheitstechnischen Vorschriften, Anzeichnungen der Leitungsführung im Gebäude und Anweisung der Monteure.
- (3) Der praktische Teil der Prüfung, der auf Baustellen und mit Werkzeugen und Werkstoffen abzulegen ist, die der Landeshauptmann oder die jeweils zuständige Landesinnung der Gas- und Wasserleitungsinstallateure zur Verfügung stellt, erstreckt sich bei Ablegung für das gesamte Gewerbe auf einen Zeitraum von zwei Tagen, bei Ablegung für die in Abs. 1 erwähnten beschränkten Gewerbe auf einen Zeitraum von je einem Tag. Mit der Überwachung kann das der Prüfungskommission angehörende Mitglied aus dem Gewerbestande beauftragt werden.
- (4) Im theoretischen Teil der Prüfung ist die Befähigung zur selbständigen Berechnung der Arbeiten des betreffenden Gewerbes sowie der zum selbständigen Betrieb dieses Gewerbes unbedingt betriebsnotwendigen rechtlichen und kaufmännischen Kenntnisse nachzuweisen, insbesondere ist die genaue Kenntnis der für die Herstellung von Anlagen der in Betracht kommenden Art geltenden Rechtsvorschriften, der im Gewerbe verwendeten Arbeitsstoffe und Behelfe und der Beschaffenheit der Zubehöerteile der Leitungen einschließlich der Meßgeräte sowie die allgemeine Kenntnis der Einrichtung der an die Leitungen anzuschließenden Geräte nachzuweisen. Endlich ist auch festzustellen, ob der Prüfling die Fähigkeit besitzt, Installationspläne anzufertigen oder bereits fertig vorliegende Installationspläne richtig zu erfassen.
- (5) Der theoretische Teil der Prüfung ist schriftlich und mündlich abzulegen. Die schriftliche Prüfung, die sich auf die rein fachtechnischen Stoffgebiete zu beschränken hat, soll in der Regel sieben Stunden, für die in Abs. 1 erwähnten beschränkten Gewerbe in der Regel je vier Stunden nicht überschreiten. Die mündliche Prüfung, die sich auch auf die unbedingt betriebsnotwendigen rechtlichen und kaufmännischen Kenntnisse zu erstrecken hat, soll für einen Prüfling in der Regel nicht länger als eine und eine halbe Stunde für die Gas- und die Wasserleitungsinstallation, im übrigen nicht länger als eine Stunde dauern.“
6. Im § 6 Abs. 3 tritt an die Stelle des im ersten Satz angeführten Betrages von „90 S“ ein Betrag von „150 S“ und an die Stelle des im zweiten Satz angeführten Betrages von „30 S“ ein Betrag von „50 S“.

Artikel II.

Diese Verordnung tritt am 1. Mai 1956 in Kraft. Ansuchen um die Konzession, die vor diesem Zeitpunkt eingebracht werden, sind nach den bisherigen Vorschriften zu behandeln; auf Grund der bisher in Geltung gestandenen Be-

stimmungen mit Erfolg abgelegte Prüfungen gelten für Ansuchen um die Konzession, die vor dem 1. Jänner 1959 eingebracht werden, als Prüfungen nach den Bestimmungen dieser Verordnung.

Illig

74.

Abkommen

zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Tschechoslowakischen Republik betreffend die Regelung der Donauschifffahrt.

Die Österreichische Bundesregierung und die Regierung der Tschechoslowakischen Republik vereinbaren im Interesse des Handels- und Schiffsverkehrs zwischen den beiden Staaten auf der Grundlage des Prinzips der Freiheit der Schifffahrt folgendes:

Artikel 1

Auf dem österreichischen und tschechoslowakischen Teil des Donaustromes ist die Schifffahrt für die Handelsschiffe beider vertragschließender Teile auf der Grundlage der Gleichberechtigung unter den gleichen Bedingungen und unter der Voraussetzung frei, daß die gesetzlichen Vorschriften des jeweiligen Uferstaates sowie die Bestimmungen internationaler, die Donauschifffahrt betreffender Abkommen, denen die beiden vertragschließenden Teile beigetreten sind oder beitreten werden, eingehalten werden.

Die Rechtswirkung dieser Vereinbarung erstreckt sich nicht auf die Personen- und Güterbeförderung zwischen Häfen ein und desselben Staates. Diese Bestimmung gilt nicht für Transportgüter, die vorübergehend aus irgendwelchen Gründen in einem Hafen ausgeladen werden müssen und sodann in der kürzestmöglichen Zeit und in derselben Menge wieder auf dem Wasserwege in einen anderen Hafen desselben vertragschließenden Teiles weiterbefördert werden.

Artikel 2

Auf dem österreichischen und tschechoslowakischen Teil des Donaustromes wird den Handelsschiffen beider vertragschließender Teile die gleiche Behandlung sowohl hinsichtlich des Schiffsverkehrs, des Aufenthaltes in den Häfen, der Abwicklung der Handels- und Schiffsverkehrsmanipulationen und der Versorgung mit Brennstoff und Lebensmitteln als auch der Benützung der öffentlichen Hafenanlagen und der Erhebung von öffentlichen Abgaben zugestanden.

Dohoda

mezi rakouskou spolkovou vládou a vládou Československé republiky o úpravě dunajské plavby.

Rakouská spolková vláda a vláda Československé republiky sjednávají v zájmu obchodu a plavby mezi oběma státy na základě zásady svobody plavby toto:

Článek 1

Na rakouském a československém úseku Dunaje je plavba obchodních lodí obou smluvních států svobodná na základě rovnoprávnosti za stejných podmínek a za předpokladu, že budou dodrženy zákonné předpisy každého pobřežního státu, jakož i ustanovení mezinárodních úmluv o plavbě na Dunaji, k nimž obě strany přistoupily nebo přistoupí.

Právní účinky této dohody se nevztahují na přepravu osob a zboží mezi přístavy téhož státu. To neplatí pro přepravované zboží, jež přechodně z jakékoli příčiny musilo být vyloženo v přístavu a jež pak v nejkratší možné lhůtě a též množství je dále přepravováno po lodi do některého jiného přístavu téže smluvní strany.

Článek 2

Na rakouském a československém úseku Dunaje se zachází s obchodními loďmi obou smluvních stran stejně, jak pokud jde o plavební provoz, pobyt v přístavech, výkon obchodní a lodní manipulace a zásobování palivem a potravinami, tak i pokud jde o používání veřejných přístavních zařízení a vybírání veřejných dávek.

Artikel 3

Jeder der beiden vertragschließenden Teile anerkennt die Vorschriften des anderen vertragschließenden Teiles, die sich auf den Bau, die Ausrüstung und Bemannung der Schiffe beziehen, sowie die Vorschriften über Schiffs- und Begleitpapiere.

Artikel 4

Jeder vertragschließende Teil anerkennt die vom anderen Teil ausgestellten Schifferausweise als gültige Reisedokumente der Donauschiffer. Sofern Ehefrauen und Kinder von Besatzungsmitgliedern auf einem Schiff mitreisen, müssen die Ehefrauen und die Kinder über 15 Jahren mit eigenen Schifferausweisen ausgestattet sein; Kinder unter 15 Jahren sind in den Schifferausweis eines Elternteiles einzutragen.

Alle Mitglieder der Schiffsbesatzung und deren mitreisende Familienangehörige müssen in der Personalliste des Schiffes eingetragen sein.

Die beiden vertragschließenden Teile werden einander ein Muster des Schifferausweises übersenden.

Artikel 5

Der Schifferausweis berechtigt die Personen, für die er ausgestellt ist, zum Überschreiten der Staatsgrenze auf dem Wasserwege in beiden Richtungen ohne Reisepaß und ohne Sichtvermerk. Überdies berechtigt sie der Ausweis, das Hafengelände zu betreten und sich dort frei zu bewegen.

Alle Personen sind verpflichtet, sich bei jedem Betreten des Festlandes der Paß- und Zollabfertigung zu unterziehen.

Das Hafengelände darf nur mit Bewilligung der zuständigen Sicherheitsdienststelle verlassen werden.

Artikel 6

Der Schifferausweis berechtigt seinen Inhaber im Falle der Notwendigkeit auch zum Grenzübertritt auf dem Landwege, wenn er mit einem Donauschiffer-Sichtvermerk versehen ist.

Solche Sichtvermerke erteilen:

- a) den österreichischen Schiffern auf der Reise in die Tschechoslowakische Republik die tschechoslowakischen Grenzorgane, auf der Reise nach Österreich die tschechoslowakischen Organe in Preßburg und Komorn;
- b) den tschechoslowakischen Schiffern auf der Reise nach Österreich die österreichischen Grenzorgane, auf der Reise in die Tschechoslowakische Republik die österreichischen Organe in Wien, Linz und Krems.

Článek 3

Každá z obou smluvních stran uznává předpisy druhé smluvní strany vztahující se na stavbu, výstroj a posádku lodí, jakož i předpisy o lodních a průvodních dokladech.

Článek 4

Každá smluvní strana uznává plavecké knížky vydané druhou stranou za platné cestovní doklady dunajských plavců. Cestují-li na lodi s členy posádky také jejich manželky a děti, musí být vybaveny manželky a děti, pokud jsou starší 15 let, samostatnými plaveckými knížkami; děti mladší 15 let musí být zapsány v plavecké knížce jednoho z rodičů.

Všichni členové posádky a jejich spolucestující rodinní příslušníci musí být zapsáni v seznamu posádky.

Obě smluvní strany si vzájemně zašlou vzor plavecké knížky.

Článek 5

Plavecká knížka opravňuje osoby, kterým byla vydána, k přechodu státních hranic po vodě v obou směrech bez cestovního pasu a vísa. Dále opravňuje tyto osoby k vystoupení na pevninu v přístavu a k volnému pohybu na území přístavu.

Při každém vstupu na pevninu jsou všechny osoby povinny podrobit se pasovému a celnímu odbavení.

Území přístavu lze opustit toliko se svolením příslušného bezpečnostního úřadu.

Článek 6

Plavecká knížka opravňuje držitele v případě nutnosti též k přechodu hranice po souši, je-li opatřena visem pro dunajské plavce.

Taková vísa udělují:

- a) rakouským plavcům při cestě do Československé republiky československé orgány na hranicích, při cestě do Rakouska československé orgány v Bratislavě a v Komárně;
- b) československým plavcům při cestě do Rakouska rakouské orgány na hranicích, při cestě do Československé republiky rakouské orgány ve Vídni, Linci a Krems.

Die Staatsgrenze kann auf dem Landwege nur bei der Grenzübergangsstelle Marchegg—Děvínská Nová Ves überschritten werden.

Ein Donauschiffer-Sichtvermerk wird nur bei Vorlage eines dienstlichen Reiseauftrages erteilt; er ist 48 (achtundvierzig) Stunden gültig.

Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, Donauschiffer-Sichtvermerke in kürzester Frist gebührenfrei zu erteilen.

Artikel 7

Die leitenden Funktionäre und Kontrollorgane der beiderseitigen Donauschiffahrtsunternehmen dürfen zum Grenzübergang Schifferausweise nicht benutzen. Diese Personen müssen vielmehr zum Grenzübergang auf dem Wasser- oder Landwege einen mit einem entsprechenden Sichtvermerk versehenen Reisepaß besitzen.

Die beiden vertragschließenden Teile verpflichten sich, den vorgenannten Personen für Dienstreisen die erforderlichen Sichtvermerke in kürzestmöglicher Frist zu erteilen.

Die beiden vertragschließenden Teile werden veranlassen, daß diesen Personen bei Dienstreisen der Zutritt zum Hafen und das Betreten der Schiffe unter Beachtung der geltenden Vorschriften in der kürzestmöglichen Zeit gestattet wird, wenn eine solche Bewilligung notwendig ist.

Artikel 8

Ein Mitglied einer Schiffsbesatzung, das grob oder wiederholt die Gesetze oder Vorschriften des anderen vertragschließenden Teiles verletzt hat, muß über dessen entsprechend begründetes Ansuchen von den weiteren Fahrten auf Schiffen, die auf dem Gebiete dieses Vertragsteiles anlegen, ausgeschlossen werden.

Artikel 9

Wenn ein Schiff außerhalb eines Hafens anlegen muß, darf die Besatzung das Schiff nicht verlassen. Ist das Betreten des Landes erforderlich, darf vorerst nur eine Person an Land gehen, die das nächste Sicherheitsorgan unverzüglich von der Landung zu verständigen hat; dieses kann gegebenenfalls weiteren Personen das Anlandgehen gestatten.

Wenn das Leben der Besatzungsmitglieder gefährdet ist, dürfen diese das Land betreten, müssen jedoch bis zur Ankunft eines Sicherheitsorgans, das von einem Besatzungsmitglied herbeizuholen ist, in unmittelbarer Nähe des Landungsplatzes bleiben. Die Besatzungsmitglieder sind verpflichtet, den Weisungen des Sicherheitsorgans Folge zu leisten.

Státní hranice mohou být po souši překročeny jen na pohraničním přechodu Marchegg—Děvínská Nová Ves.

Visum pro dunajské plavce se vydává jen na předložení cestovního služebního příkazu; platí 48 (čtyřicet osm) hodin.

Smluvní strany se zavazují udělovati visum pro dunajské plavce v době co nejkratší a bezplatně.

Článek 7

Vedoucí funkcionáři a kontrolní orgány dunajských plavebních podniků obou smluvních stran nesmí používatí plaveckých knížek k přechodu hranic. Tyto osoby musí mít k přechodu hranic po vodě nebo po souši cestovní pas opatřený příslušným visem.

Obě strany se zavazují vydávat těmto osobám pro služební cesty visum v době co nejkratší.

Obě smluvní strany zařídí, aby při služebních cestách byl těmto osobám povolen vstup do přístavu a na loď v době co nejkratší, při zachování platných předpisů, je-li takového povolení třeba.

Článek 8

Člen loďní posádky, který hrubě nebo opětovně porušil zákony nebo předpisy druhého smluvního státu, musí být na jeho, odpovídajícím způsobem odůvodněnou žádost, vyloučen z dalších jízd na lodích, které přistávají na území tohoto smluvního státu.

Článek 9

Jestliže loď musí přistat mimo přístav, nesmí posádka loď opustit. Je-li však nutno vystoupit na pevninu, může na břeh vystoupit nejdříve jen jedna osoba, která uvědomí o přistání neprodleně nejbližší bezpečnostní orgán; tento orgán může po případě povolit vystoupit na břeh též dalším osobám.

Jsou-li ohroženy životy členů posádky, smí členové posádky vystoupit na břeh, musí však setrvat v bezprostřední blízkosti místa přistání až do příchodu bezpečnostního orgánu, kterého jeden z členů posádky přivolá. Členové posádky jsou povinni řídit se pokyny bezpečnostních orgánů.

Artikel 10

Die unter der Flagge eines der vertragschließenden Teile verkehrenden Handelsschiffe samt ihren zur Schifffahrt erforderlichen Einrichtungen bleiben bei ihrem vorübergehenden Eingang in das Gebiet und Ausgang aus dem Gebiet des anderen vertragschließenden Teiles frei von Zöllen, Steuern und Gebühren.

Artikel 11

Die mitgeführten Vorräte, die zur Verpflegung der Besatzung und der Fahrgäste, ferner zum Betrieb und zur Instandhaltung der Schiffe notwendig sind, bleiben beim Ein- und Ausgang frei von Zöllen, Steuern und Gebühren, sowie von Ein- und Ausfuhrbewilligungen, wenn sie unter Einhaltung der Zollaufsichtsbestimmungen des Staates, auf dessen Gebiet sich das Schiff befindet, auf dem betreffenden Schiffe regelmäßig Verwendung finden.

Die über die notwendigen Mengen hinausgehenden Vorräte sind unter Zollaufsicht zu nehmen.

Für die sonstigen in den beiden vorhergehenden Absätzen nicht genannten Waren gelten die allgemeinen Zollvorschriften des betreffenden Vertragsstaates.

Vorräte, die zum Betrieb und zur Instandhaltung der Schiffe eines vertragschließenden Teiles notwendig sind und die in dem Gebiete des anderen vertragschließenden Teiles unter Zollaufsicht gelagert werden, bleiben frei von Zöllen, Steuern und Gebühren, sowie von Ein- und Ausfuhrbewilligungen.

Artikel 12

Die unter der Flagge eines der vertragschließenden Teile verkehrenden Handelsschiffe sowie die von ihnen mitgeführten Waren bleiben bei der Durchfahrt durch das Gebiet des anderen vertragschließenden Teiles frei von Zöllen, Steuern und Gebühren.

Die Zollbehörden des Durchgangsstaates können die Durchgangswaren unter Zollaufsicht nehmen oder das Schiff amtlich begleiten lassen.

Artikel 13

Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, im Rahmen ihrer geltenden Vorschriften soweit als möglich für eine einfache und beschleunigte Grenzabfertigung Sorge zu tragen.

Artikel 14

Fragen betrieblicher und kommerzieller Natur, die sich aus der Durchführung der Donauschifffahrt zwischen den beiden vertragschließenden Teilen ergeben, bleiben einer Vereinbarung der

Článek 10

Obchodní lodi se svými zařízeními nutnými pro plavbu, plující pod vlajkou jedné ze smluvních stran, jsou při přechodném vjezdu na území a při výjezdu z území druhé smluvní strany osvobozeny od cla, daní a poplatků.

Článek 11

Zásoby přepravované na lodi, jichž je třeba pro zásobování posádky a cestujících, jakož i pro provoz a udržování lodí, jsou při vjezdu a výjezdu osvobozeny od cla, daní a poplatků, dovozních a vývozních povolení, je-li jich zpravidla užíváno na dotyčné lodi a jsou-li dodržována ustanovení o celním dozoru státu, na jehož území se loď nalézá.

Zásoby přesahující nutné množství se vezmou pod celní kontrolu.

Pro ostatní zboží nejmenované v obou předchozích odstavcích platí všeobecné celní předpisy příslušného smluvního státu.

Zásoby, jež jsou nutné k provozu a udržování lodí jedné smluvní strany a jež jsou uskladněny na území druhého smluvního státu pod celní kontrolou, jsou osvobozeny od cla, daní, poplatků, dovozních a vývozních povolení.

Článek 12

Obchodní lodi, plující pod vlajkou jedné ze smluvních stran, jakož i zboží jimi dopravované jsou při průjezdu územím druhé smluvní strany osvobozeny od cla, daní a poplatků.

Celní úřady průjezdního státu mohou průvozní zboží vzít pod celní kontrolu nebo dát lodi úřední doprovod.

Článek 13

Smluvní strany se zavazují pečovat v rámci platných předpisů o pokud možno jednoduché a urychlené odbavování na hranicích.

Článek 14

Otázky provozní a komerční povahy vyplývající z provozování plavby na Dunaji mezi oběma smluvními stranami se ponechávají úmluvě plavebních podniků obou stran. K tako-

beiderseitigen Schifffahrtsunternehmungen überlassen. Solche Vereinbarungen bedürfen der Genehmigung der zuständigen Behörden beider vertragschließenden Teile.

Artikel 15

Zwecks Erleichterung des Donau-Schiffsverkehrs in betrieblicher und kommerzieller Hinsicht kann die österreichische Schifffahrt in Preßburg und die tschechoslowakische Schifffahrt in Wien eine Agentie mit der notwendigen Anzahl von Bediensteten unterhalten. Die Agentien genießen im Rahmen der Gesetze der beiden vertragschließenden Teile volle Gleichberechtigung und haben die gesetzlichen Vorschriften des Vertragsstaates, auf dessen Gebiet sie ihre Tätigkeit ausüben, zu beachten. Weitere Agentien können nur mit Zustimmung der zuständigen Behörden des betreffenden vertragschließenden Teiles errichtet werden.

Die Errichtung von Niederlassungen (Zweigdirektionen) bedarf der vorherigen Genehmigung des anderen Vertragsstaates.

Die Bestimmungen der vorhergehenden Absätze gelten ohne Rücksicht auf den Rechtscharakter der beiderseitigen Donauschifffahrtsunternehmungen.

Artikel 16

Die Donauschifffahrtsunternehmungen beider Staaten werden zu den Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen nur in jenem Staat herangezogen, in dem sich die Leitung (Sitz) des Unternehmens befindet. Diese Regelung gilt jedoch nur für jene Tätigkeiten, die unmittelbar mit dem Schifffahrtsbetrieb sowie dem Zubringerdienst (Transporte vom und auf das Schiff) zusammenhängen.

Artikel 17

Das vorliegende Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft; es kann von jedem der beiden vertragschließenden Teile mindestens 3 (drei) Monate vor Ablauf eines Kalenderjahres gekündigt werden.

Gefertigt in je zwei Originalen in deutscher und tschechischer Sprache, die beide in gleicher Weise authentisch sind.

Geschehen zu Wien, am 27. Jänner 1955.

Für die Österreichische
Bundesregierung

Figl

Für die Regierung der
Tschechoslowakischen Republik

Koubek

vým úmluvám je třeba schválení příslušných úřadů obou smluvních stran.

Článek 15

Za účelem usnadnění lodní dopravy na Dunaji v provozním a obchodním ohledu může mít rakouská plavba v Bratislavě a československá plavba ve Vídni agentii s potřebným počtem zaměstnanců. Agentie požívají v rámci zákonů obou smluvních stran plnou rovnoprávnost a musí se řídit zákonnými předpisy smluvní strany, na jejímž území vykonávají svou činnost. Další agentie mohou být zřízeny pouze se souhlasem příslušných úřadů dotyčné smluvní strany.

Zřízení zastoupení (pobočných závodů) vyžaduje předchozího schválení druhé smluvní strany.

Ustanovení předchozích odstavců platí bez ohledu na právní povahu dunajských plavebních podniků obou smluvních stran.

Článek 16

Dunajské plavební podniky obou států budou podrobeny daním z příjmu, výnosu a majetku jen ve státě, ve kterém má podnik své vedení (sídlo).

Tato úprava platí však jen pro takovou činnost, která bezprostředně souvisí s provozem lodní dopravy a s dopravou s lodí a na loď.

Článek 17

Tato dohoda nabývá účinnosti dnem podpisu; každá z obou smluvních stran ji může vypovědět nejméně tři měsíce před uplynutím kalendářního roku.

Vyhotoveno ve dvou originálech v německé a české řeči, které jsou oba stejně autentické.

Dáno ve Vídni, dne 27. ledna 1955.

Za rakouskou spolkovou vládu

Figl

Za vládu republiky Československé

Koubek

Das vorliegende Abkommen ist gemäß seinem Artikel 17 am 27. Jänner 1955 in Kraft getreten.

Raab

75.

Nachdem die Erklärung vom 10. März 1955, betreffend die Weiteranwendung der dem GATT-Abkommen angeschlossenen Listen, welche also lautet:

(Übersetzung)

DECLARATION ON THE CONTINUED APPLICATION OF SCHEDULES TO THE GENERAL AGREEMENT ON TARIFFS AND TRADE

The contracting parties to the General Agreement on Tariffs and Trade (hereinafter referred to as "the General Agreement"),

CONSIDERING that, pursuant to the Declaration of 24 October 1953, the assured life of the concessions embodied in the Schedules annexed to the General Agreement will expire on 30 June 1955, in the sense that thereafter it will become possible for a contracting party by negotiation with other contracting parties to modify or cease to apply the treatment which it has agreed to accord under Article II to any products described in its Schedule,

CONSIDERING that, although by the terms of the General Agreement the Schedules would retain their validity even if their assured life were to expire, the contracting parties are desirous of continuing the assured life of the Schedules as a means of contributing to the stability of tariffs which has been one of the principal achievements of the General Agreement,

CONSIDERING that the CONTRACTING PARTIES have, at their Ninth Session, drawn up and submitted to contracting parties for acceptance, a protocol amending Article XXVIII, and Section A of Article XVIII of the General Agreement,

RECOGNIZING the desirability of applying the procedures embodied therein which

DÉCLARATION SUR LE MAINTIEN EN VIGUEUR DES LISTES ANNEXÉES A L'ACCORD GÉNÉRAL SUR LES TARIFS DOUANIERS ET LE COMMERCE

Les parties contractantes à l'Accord général sur les Tarifs douaniers et le Commerce (ci-après dénommé « l'Accord général »),

CONSIDÉRANT que, conformément à la Déclaration du 24 octobre 1953, la période de consolidation assurée des concessions reprises dans les listes annexées à l'Accord général arrivera à expiration le 30 juin 1955, en ce sens qu'après cette date toute partie contractante, pourra, par voie de négociations avec d'autres parties contractantes modifier ou cesser d'appliquer le traitement qu'elle a accordé en vertu de l'article II dans le cas d'un produit repris dans sa liste,

CONSIDÉRANT que, bien qu'aux termes de l'Accord général les listes demeurent valables, même si leur période de consolidation assurée arrive à expiration, les parties contractantes sont désireuses de prolonger cette période de consolidation assurée en vue de contribuer à la stabilité des tarifs qui constitue l'un des principaux résultats obtenus grâce à l'Accord général,

CONSIDÉRANT que les PARTIES CONTRACTANTES ont, lors de leur neuvième session, établi et soumis à l'acceptation des parties contractantes un protocole portant amendement de l'article XXVIII et de la section A de l'article XVIII de l'Accord général,

RECONNAISSANT qu'il serait souhaitable d'appliquer les procédures définies dans lesdits

ERKLÄRUNG BETREFFEND DIE WEITERANWENDUNG DER DEM GATT-ABKOMMEN ANGESCHLOSSENEN LISTEN

IN DER ERWÄGUNG, daß gemäß Erklärung vom 24. Oktober 1953 die gesicherte Geltungsdauer der Zollzugeständnisse, die in den dem GATT-Abkommen angeschlossenen Listen enthalten sind, am 30. Juni 1955 ablaufen wird, sodaß nach diesem Datum jeder Vertragsstaat in der Lage sein wird, im Wege von Verhandlungen mit anderen Vertragsstaaten die Zollbehandlung, welche er gemäß Artikel II für eine in der betreffenden Liste enthaltene Ware zugestanden hat, zu ändern oder einzustellen,

IN DER ERWÄGUNG, daß obwohl gemäß den Bestimmungen des GATT-Abkommens die Listen trotz Ablauf der gesicherten Geltungsdauer ihre volle Gültigkeit weiterbehalten, haben die Vertragsstaaten den Wunsch, die gesicherte Geltungsdauer der Listen weiter zu verlängern, um so zu der Stabilität der Zollsätze, welche eines der hauptsächlichsten Errungenschaften des GATT-Abkommens darstellt, weiter zu ermöglichen,

IN DER ERWÄGUNG, daß die Vertragsstaaten während der 9. Tagung ein Protokoll zur Abänderung des Artikels XXVIII und Absatz A des Artikels XVIII des GATT-Abkommens ausgearbeitet und den Vertragsstaaten zur Annahme zugeleitet haben,

IN DER ERKENNTNIS, daß die Anwendung der hierin niedergelegten Vorgangsweise,

have been agreed upon for the conduct of renegotiations under specified circumstances during the period of the continued life of the Schedules,

HEREBY DECLARE

1. That they will not invoke after 1 July 1955 and prior to 1 January 1958 the provisions of Article XXVIII of the General Agreement to modify or cease to apply the treatment which they are required to accord under Article II (which is being renumbered as Article III) of the General Agreement to any product described in the appropriate schedule annexed thereto; *Provided that*

- a) the provisions of this Declaration shall not apply to concessions initially negotiated with a contracting party with respect to which this Declaration is not in effect;
- b) a contracting party which has entered into negotiations under the procedures of Article XXVIII prior to 1 July 1955 shall, notwithstanding its signature of this Declaration, be authorized to pursue such negotiations up to and including 30 September 1955, and any modification or withdrawal of a concession following such negotiations may be made effective in accordance with the provisions of Article XXVIII if it is notified to the Executive Secretary to the CONTRACTING PARTIES not later than 1 October 1955 and at least thirty days' notice is given of the date on which such modification or withdrawal will become effective.

articles, qui ont été adoptées pour la conduite des négociations dans des circonstances déterminées, pendant la période de validité des listes,

DÉCLARENT

1. qu'elles ne se prévaudront pas, après le 1er juillet 1955 et jusqu'au 1er janvier 1958 exclusivement, des dispositions de l'article XXVIII de l'Accord général en vue de modifier ou de cesser d'appliquer le traitement qu'elles sont tenues d'accorder, en vertu de l'article II (qui deviendra l'article III) de l'Accord général, dans le cas d'un produit repris dans la liste correspondante annexée à l'Accord général; étant entendu que:

- a) les dispositions de la présente Déclaration ne s'appliqueront pas aux concessions négociées primitivement avec une partie contractante à l'égard de laquelle la présente Déclaration n'est pas en vigueur;
- b) une partie contractante qui aura engagé des négociations avant le 1er juillet 1955, en vertu des procédures prévues à l'article XXVIII, sera autorisée à les poursuivre jusqu'au 30 septembre 1955 inclus, même si elle a signé la présente Déclaration; toute modification ou tout retrait d'une concession effectués après de telles négociations pourront prendre effet en conformité des dispositions de l'article XXVIII, si notification en a été faite au Secrétaire exécutif des PARTIES CONTRACTANTES le 1er octobre 1955 au plus tard et s'il a été donné un préavis d'au moins trente jours de la date à laquelle une telle modification ou un tel retrait prendront effet;

welche bezüglich der Führung von neuen Verhandlungen unter besonderen Umständen während der verlängerten Gültigkeitsdauer der Listen vereinbart wurde, wünschenswert ist, erklären die Vertragsstaaten

1. daß sie zwischen dem 1. Juli 1955 und 1. Jänner 1958 von den Bestimmungen des Artikels XXVIII des GATT-Abkommens nicht Gebrauch machen werden, um die Zollbehandlung, zu deren Anwendung sie gemäß Artikel II des GATT-Abkommens (der nunmehr zum Artikel III wird) im Hinblick auf irgendeine in der betreffenden angeschlossenen Liste enthaltene Ware verpflichtet sind, abzuändern oder abzustellen; vorausgesetzt daß

- a) die Bestimmungen dieser Erklärung nicht auf Zollzugeständnisse angewendet werden, welche ursprünglich mit einem Vertragsstaat vereinbart wurden, hinsichtlich welches diese Erklärung keine Gültigkeit besitzt;
- b) ein Vertragsstaat, welcher vor dem 1. Juli 1955 im Rahmen der Bestimmungen des Artikels XXVIII in Verhandlungen eingetreten ist, dazu berechtigt sein soll, solche Verhandlungen bis einschließlich 30. September 1955 zu führen, auch wenn er diese Erklärung unterschrieben hat und jede Änderung oder Einstellung eines Zollzugeständnisses im Gefolge solcher Verhandlungen im Einklang mit den Bestimmungen des Artikels XXVIII in Kraft treten kann, wenn sie dem Generalsekretär des GATT spätestens am 1. Oktober 1955 mitgeteilt wird und der Zeitpunkt, zu welchem derartige Abänderungen oder Einstellungen in Kraft treten sollen, mindestens 30 Tage vorher angemeldet wird;

2. a) That from 2 July 1955 until 31 December 1957, or until the day on which the amendments to Articles XVIII and XXVIII of the General Agreement, provided for in the Protocol Amending Parts II and III of the General Agreement dated 10 March 1955, have entered into force, whichever is the earlier date, a contracting party signatory of this Declaration, desiring to modify or withdraw a concession, may enter into renegotiations under conditions and in accordance with procedures which are the same as those set forth in Section A of Article XVIII and paragraph 4 of Article XXVIII, together with the applicable notes thereto, as set forth in that Protocol, and any contracting party which has previously been authorized to enter into such negotiations pursuant to procedures adopted by the CONTRACTING PARTIES shall have the option to continue such negotiations under the procedures provided for in this subparagraph; and

b) That they will not invoke the provisions of paragraph 2 of Article XXVIII of the General Agreement with respect to the withdrawal of equivalent concessions if another signatory of this Declaration acts under the conditions described in the second sentence of paragraph 7 (b) of the amended Article XVIII.

This Declaration shall be deposited with the Executive Se-

2. a) que, du 2 juillet 1955 jusqu'au 31 décembre 1957, ou jusqu'à la date à laquelle les amendements aux articles XVIII et XXVIII de l'Accord général, prévus par le protocole portant amendement des Parties II et III de l'Accord général, en date du 10 mars 1955 entreront en vigueur (seule la plus rapprochée de ces deux dates sera prise en considération), une partie contractante signataire de la présente Déclaration qui désire modifier ou retirer une concession pourra engager des négociations en conformité de conditions et de procédures analogues à celles qui sont définies à la section A de l'article XVIII ou au paragraphe 4 de l'article XXVIII, ainsi que des notes qui s'y rapportent, tels qu'ils figurent dans le Protocole susmentionné; toute partie contractante qui aura été préalablement autorisée à engager de telles négociations, conformément aux procédures adoptées par les PARTIES CONTRACTANTES, aura la faculté de poursuivre ces négociations conformément aux procédures prévues au présent alinéa;

b) qu'elles ne se prévaudront pas des dispositions du paragraphe 2 de l'article XXVIII de l'Accord général en ce qui concerne le retrait de concessions équivalentes si une autre partie contractante signataire de la présente Déclaration agit conformément aux conditions définies à la deuxième phrase de l'alinéa b) du paragraphe 7 de l'article XVIII amendé.

La présente Déclaration sera déposé auprès du Secrétaire exé-

2. a) daß ein Vertragsstaat, welcher ein Zollzugeständnis abzuändern oder zurückzunehmen beabsichtigt, zwischen dem 2. Juli 1955 und dem 31. Dezember 1957 oder bis zu dem Tag, an welchem die in dem Protokoll vom 10. März 1955, das die Abschnitte II und III des GATT-Abkommens abändert, vorgesehenen Novellen zu den Artikeln XXVIII und XVIII in Kraft getreten sind (je nachdem, welcher Zeitpunkt zuerst eintritt), analog den Bestimmungen des Artikels XVIII, Absatz A und Artikel XXVIII Zahl 4 zusammen mit den hiezu anzuwendenden Noten, die in dem betreffenden Protokoll angeführt sind, in neue Verhandlungen eintreten kann; jeder Vertragsstaat, welcher schon früher zu solchen Verhandlungen gemäß den von den Vertragsstaaten angenommenen Verfahrensregeln ermächtigt worden ist, soll die Möglichkeit haben, diese Verhandlungen gemäß den in diesem Unterabschnitt festgelegten Verfahrensregeln fortzusetzen;

b) daß sie von den Bestimmungen des Artikels XXVIII Zahl 2 des GATT-Abkommens betreffend die Zurücknahme von gleichwertigen Zollzugeständnissen nicht Gebrauch machen werden, wenn ein anderer Staat, der die gegenständliche Erklärung unterzeichnet hat, in Gemäßheit der im Artikel XVIII Zahl 7, Unterabschnitt b, 2. Satz festgelegten Bedingungen handelt.

Die gegenständliche Erklärung wird beim Generalsekre-

cretary to the CONTRACTING PARTIES to the General Agreement and, after the entry into force of the Agreement on the Organization for Trade Cooperation, with the Director-General of that Organization.

This Declaration shall be open for signature until 30 June 1955.

The Executive Secretary to the CONTRACTING PARTIES to the General Agreement, or the Director-General of the Organization, as the case may be, shall promptly furnish a certified copy of this Declaration and a notification of each signature thereto, to each contracting party to the General Agreement.

This Declaration shall be registered in accordance with the provisions of Article 102 of the Charter of the United Nations.

IN WITNESS WHEREOF the respective representatives, duly authorized, have signed the present Declaration.

DONE at Geneva, in a single copy, in the English and French languages, both texts authentic, this tenth day of March, one thousand nine hundred and fifty-five.

cutif des PARTIES CONTRACTANTES à l'Accord général; après l'entrée en vigueur de l'Accord instituant l'Organisation de Coopération commerciale, elle sera déposée auprès du Directeur général de l'Organisation.

La présente déclaration sera ouverte à la signature jusqu'au 30 juin 1955.

Le Secrétaire exécutif des PARTIES CONTRACTANTES à l'Accord général ou le Directeur général de l'Organisation, selon le cas, transmettra promptement à chaque partie contractante à l'Accord général copie certifiée conforme de la présente Déclaration; il lui notifiera promptement chaque signature qui y sera apposée.

La présente Déclaration sera enregistrée conformément aux dispositions de l'Article 102 de la Charte des Nations Unies.

EN FOI DE QUOI, les représentants dûment autorisés, ont signé la présente Déclaration.

FAIT à Genève, en un seul exemplaire, en langues française et anglaise, les deux textes faisant également foi, le dix mars mil neuf cent cinquante-cinq.

tär des GATT und nach dem Inkrafttreten des Abkommens über die Welthandelsorganisation beim Generalsekretär dieser Organisation hinterlegt werden.

Die gegenständliche Erklärung bleibt bis zum 30. Juni 1955 zur Unterzeichnung offen.

Der Generalsekretär des GATT beziehungsweise der Generalsekretär der Welthandelsorganisation wird unverzüglich jedem Vertragsstaat eine beglaubigte Ausfertigung der gegenständlichen Erklärung übermitteln und ihm von jeder erfolgten Unterzeichnung derselben Mitteilung machen.

Die gegenständliche Erklärung wird gemäß den Bestimmungen des Artikels 102 der Charter der Vereinten Nationen registriert werden.

ZU URKUND DESSEN haben die betreffenden ordnungsgemäß bevollmächtigten Vertreter diese Erklärung unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Genf in einfacher Ausfertigung in französischer und englischer Sprache, wobei beide Teile gleichermaßen authentisch sind, am 10. März 1955.

die verfassungsmäßige Genehmigung des Nationalrates erhalten hat, erklärt der Bundespräsident diese Erklärung für ratifiziert und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der darin enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Ratifikationsurkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Finanzen, vom Bundesminister für Handel und Wiederaufbau und vom Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, den 24. Feber 1956.

Der Bundespräsident:

Körner

Der Bundeskanzler:

Raab

Der Bundesminister für Finanzen:

Kamitz

Der Bundesminister für Handel und Wiederaufbau:

Illig

Der Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten:

Figl

Raab



BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der Bezugspreis des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich, Jahrgang 1956, beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 1500 Seiten S 75.— für Inlands- und S 115.— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Bezugsanmeldungen werden von der Versandstelle der Österreichischen Staatsdruckerei in Wien III, Rennweg Nr. 16, entgegengenommen.

Den bisherigen Beziehern des Bundesgesetzblattes gehen Erlagscheine zu. Neue Bezieher wollen den Bezugspreis auf das Postsparkassenkonto Wien Nr. 178 überweisen. Erlagscheine werden ihnen über Verlangen zugesendet.

Die Zustellung des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, rechtzeitig den Bezug anzumelden und den Bezugspreis zu überweisen. Dieser kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verschleißpreises von 24 g für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 1.— für das Stück, bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung in Wien I, Kohlmarkt Nr. 16, Telephon R 50 504 Serie, sowie beim Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei, Wien I, Wollzeile 27a, Telephon R 27 231.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind längstens binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Österreichischen Staatsdruckerei in Wien III, Rennweg Nr. 16, anzufordern.

Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verschleißpreises abgegeben.